

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 9.

Charlottenburg, Freitag, den 3. März 1922.

49. Jahrg.

Sachwerte-Erfassung

zur innerwirtschaftlichen Wiedergutmachung.

Von Otto Albrecht.

I.

Die Frage einer Erfassung der Sachwerte kann nicht mehr von der Tagesordnung unserer politischen Erörterungen verschwinden, es sei denn, sie wäre vorher gesetzgeberisch und verwaltungstechnisch befriedigend beantwortet.

Unwissende und böswillige Gegner behaupten gewöhnlich, das Schlagwort „Heran an die Sachwerte!“ sei lediglich einem parteipolitischen Agitationsbedürfnis entsprungen; bei jeder ernstlichen und tiefgründigen Betrachtung falle es in sich selbst zusammen. Denn (das ist zumeist die Begründung solcher Behauptungen) „ein Eingriff in die Substanz und deren Uebereignung an das Ausland zum Zwecke der Wiedergutmachung könnte doch selbst die deutsche Arbeiterschaft nicht das Wort reden“; niemand würde durch solch eine Maßnahme mehr leiden, als die deutsche Arbeiterschaft selbst. Aber auch in unseren eigenen Kreisen besteht über den Begriff und die Bedeutung der Sachwerte-Erfassung noch mancherlei Unklarheit.

Die gegenwärtig bevorstehende Reichsfinanzreform wird an der Sachwertefrage im wesentlichen vorbeigehen. Sie muß daran noch vorbeigehen, weil es einfach nicht möglich ist, einmal durch die derzeitige Koalitionsregierung gerade diese Angelegenheit so in Angriff zu nehmen, wie sie angegriffen werden muß, wenn dabei etwas wirklich Ersprießliches herauskommen soll. Und weil zum anderen auch gar nicht mehr Zeit genug zur Verfügung steht, die erforderlichen Vorarbeiten für eine gesetzgeberische Behandlung dieses sehr schwierigen Stoffes zu bewältigen. Die derzeit zu erwartende „Finanzreform“ werden wir leider in Kauf nehmen müssen, sie möge ausfallen, wie sie wolle, sie bereitet den Boden für die künftige Sachwerte-Erfassung mit vor.

Wie liegen die Dinge, und um was handelt es sich eigentlich? Handelt es sich wirklich um eine Sache, die mit der bekannten Kriegsschäden-Wiedergutmachung steht und fällt? Nein! Die Sachwerte-Erfassung müßte selbst dann erfolgen, wenn das Ausland auf jeden Pfennig seiner Ansprüche Verzicht leistete. Warum? Weil es sich letzten Endes darum handelt, ein innerwirtschaftliches Unrecht wiedergutzumachen, das vielleicht 90 von 100 aller deutschen Reichsbürger zugefügt worden ist. Wir haben uns folgende finanzwirtschaftliche Tatsachen zu vergegenwärtigen und müssen von ihnen unseren Ausgangspunkt nehmen:

Erstens: Das deutsche Volksvermögen hatte, soweit es als verbendes Geld- und Sachgutkapital in Betracht kommt, bei Ausbruch des Weltkrieges einen geschätzten Wert von rund 300 Milliarden Goldmark. Krieg und Kriegsfolgen haben davon einen erheblichen Teil vernichtet, einen anderen Teil dem Ausland übergeben und den Rest schuldenvernechtet.

Zweitens: Die erfolgte Verminderung des Kapitalvermögens fällt in erster Linie zu Lasten des Geldkapitals und personell zu Lasten der Geldkapitaleigentümer. Die letzteren sind infolge des Zusammenbruchs der Goldwährung und Erhebung dieser durch eine Papiergeldwirtschaft, nach dem gegenwärtigen Stand der Kaufkraft unserer Papiermark, um volle 95 Proz. ihres Geldkapitals enteignet worden; sie verfügen nur noch über 5 Proz. ihres früheren Goldgeldkapitals. Der Zinsgenuß aus dieser Kapitalquelle beträgt heute den zwanzigsten Teil der Kaufkraft von früher.

Drittens: Die aus der Schuldenvernechtung erwachsenen finanziellen Verpflichtungen sollen bisher nahezu ausschließlich jenen Volksschichten zu Last, die ihren Lebensunterhalt aus dem Erlös

von Lohnarbeit bestreiten müssen, also den Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schichten. Das heutige Lohn- und Gehaltseinkommen hat im Allgemeindurchschnitt nur drei Viertel des Kaufwertes der Vorkriegszeit. Das fehlende eine Viertel dient zur Begleichung der Wiedergutmachungsverpflichtungen an die Entente und zur Verwendung für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens, es wird bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung (durch Wenigerzahlung) den Lohn- und Gehaltsempfängern weggenommen. — Dieselben Volksschichten gehören obendrein zu jenen, die schon ihr bescheidenes Geldkapital — ihre für Not und Alter zurückgelegten Spargroschen — zu 95 Proz. der Allgemeinheit geopfert haben; denn gerade sie waren ja als kleine Sparer die Gläubiger der Sparkassen und anderer Geldkapital-Vermittlungsstellen oder auch unmittelbare kleine Anleihezeichner und Hypothekengläubiger. (Allein bei den deutschen Sparkassen sind von den im Jahre 1913 vorhandenen 20 Milliarden Goldmark durch die neue Papiergeldwährung 19 Goldmilliarden verloren gegangen, also den Einlegern enteignet worden.)

Viertens: Die Enteignung des Geldkapitals und die Verminderung der Kaufkraft des Lohn- und Gehaltseinkommens vollzieht sich in dem Umfange weiter, wie durch Vermehrung der Papiergeldnoten und durch andere Ursachen die Papiergeldmark noch weiter entwertet wird.

Fünftens: Dagegen ist das Sachgutkapital und sind seine Eigentümer von der Enteignung und Entwertung teils sehr wenig, teils gar nicht betroffen worden; gewisse und volkswirtschaftlich sehr bedeutende Erwerbs-schichten haben bei diesen Vorgängen sogar erhebliche Gewinne eingeheimst. (Die Kriegsmunitionsfabrikanten und -lieferanten haben durch ihre großen Geldgewinne die auf ihr Geldkapital entfallende Entwertung ausgeglichen und überholt. Ihre Sachwerte an Fabriken, Werkstätten, Lagerräumen, Maschinen usw. haben, soweit diese durch Umstellung auch jetzt für die Produktion verwertbar sind, bezw. verwertet werden, den alten Goldwert behalten. Andere Industrie- und Handelsunternehmungen, die dieses Ziel noch nicht ganz erreicht haben, sind auf sicherstem Wege dorthin; sie verteilen an ihre Eigentümer Uebergewinne und geben ihnen Preisaktien noch neu dazu.)

Die Eigentümer von Mietwohnhäusern und anderen der Vermietung dienenden Gebäuden und Gebäudeteilen zählen einstweilen noch zu den ebenfalls zum Friedenswert Enteigneten. In dem Umfange aber, wie hier die Zwangswirtschaft abgebaut wird, wächst das Verlorene wieder nach. Sie erreichen von dem Zeitpunkt ab, wenn die freie Privatwirtschaft wieder hergestellt sein wird, den vollen Goldzinsgenuß der Vorkriegszeit, vielleicht sogar noch mehr. Ja, sie machen dann dazu noch einen Sondergewinn von ihren Hypothekengläubigern, welche letztere sie mit Papiergeld ablösen können, bezw. denen sie Papiergeldzinsen zahlen, während sie selbst dafür, in Form der Miete, Goldwertzinsen einnehmen.

Sechstens: Das Sachgutkapital der Landwirtschaft, nämlich der von ihr bewirtschaftete Grund und Boden, nimmt im Rahmen der umgestürzten Geldwirtschaft eine sehr zu beachtende Sonderstellung ein. Die Landwirtschaftserzeugnisse haben schon heute Durchschnittspreise erreicht, die die Geldentwertung vielfach wettmachen, ja übersteigen. Das wird schlagend bewiesen durch die von Kleinlandwirten an die Grundeigentümer gegenwärtig gezahlten Acker- und Wiesenpachten; diese Pachten betragen schon im Jahre 1920 großenteils das Zehnfache und mehr der Vorkriegspacht; sie stiegen im Jahre 1921 weiter um das 15- und 20fache und darüber. (Wiesen stets um ein mehrfaches höher als Acker.) Jetzt neu zur Verpachtung kommende Acker erreichen einen noch größeren Erlös. Daraus geht hervor, daß die landwirtschaftliche

Grundrente im allgemeinen ihren Vorkriegsstand nicht bloß gewahrt hat, sondern ihn verschiedentlich bereits überschreitet oder in Kürze überschreiten wird. Das Sachgutkapital Grund und Boden besitzt demnach als Produktionsmittel den alten Goldwert. Seine Eigentümer haben von diesem Eigentum der Allgemeinheit nichts abgetreten, ihr kein Anteilsrecht an seiner Nutzung eingeräumt. Bodeneigentümer, deren Besitz noch mit Hypotheken aus der Vorkriegszeit belastet war oder ist, können diese Hypotheken, und zwar jetzt mit dem 20. Teil des Goldbetrages, der ihnen seinerzeit von ihren Gläubigern gegeben wurde, ablösen; oder sie bezahlen diesen Gläubigern weiter den 20. Teil der Goldzinsen, die sie früher dafür zu zahlen hatten, während neunzehn Zwanzigstel dieser Goldzinsen ihnen als neues Kapitalvermögen zuwächst. —

Hiermit erscheinen die Grundlinien der finanzwirtschaftlichen Tatsachen bloßgelegt. Gewisse Einzelheiten dürften bei näherer Untersuchung vielleicht noch zu berichtigen sein, andere sind zu ergänzen. Am Wesenskern wird und kann damit jedoch nichts geändert werden. Wir halten also fest: Etwa 90 vom Hundert aller deutschen Reichsbürger zählen zu den Enteigneten. Sie haben dem Vaterlande 95 Proz. ihres gesamten Geldvermögens geopfert. Damit ist die Kriegführung bezahlt worden und wurden bisher sonstige Verpflichtungen an das Ausland erfüllt. Alle Lohn- und Gehaltsempfänger opfern außerdem fortgesetzt etwa den vierten Teil dessen, was sie erarbeiten, für die Auslandsverpflichtungen und für den Wiederaufbau der nationalen Volkswirtschaft. Nur das rentierliche Sachgutkapital blieb im wesentlichen unversehrt und unangetastet. Seine Eigentümer befinden sich nach wie vor im Vollgenuß der früheren Goldrenten, oder sie sind auf dem besten Wege, diesen Vollgenuß wieder zu erreichen. Soweit Sachgutkapital aus der Vorkriegszeit verschuldet war, haben seine Eigentümer ihre Gläubiger obendrein noch um 95 Proz. des geliehenen Goldkapitals enteignet und sich in die ausschließliche Nutzung dieser 95 Proz. gesetzt.

Daraus erwächst für die Frage einer Sachwerte-Erfassung die zwingende Problemstellung. Diese soll in einem zweiten Aufsatze behandelt werden.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die wirtschaftlichen Schäden des Eisenbahnerstreiks. — Der Exporthandel gegen die Außenhandelskontrolle. — Die russischen Handelsbeziehungen. — Die Resultate der Viehzählung. — Die Aussichten für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die deutsche Volkswirtschaft hat unter dem Druck des Eisenbahnerstreiks schweren Schaden gelitten. Schon unter normalen Zeiten ist die Einstellung des Güterverkehrs für einen hochentwickeltesten Industriestaat ein seine Grundfesten erschütternder Angriff, der in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche geradezu verheerend wirken muß. Wie bekannt, war im Winter unsere Kohlenversorgung infolge des überlasteten Güterverkehrs stark ins Stocken geraten. Wir waren nicht einmal in der Lage, die geforderte Kohlenmenge der Industrie und den sonstigen Verbrauchern zuzuführen. Der Bergbau gab mehr, als die Eisenbahn bewältigen konnte. Bestände in nennenswertem Umfang waren im Lande nirgends angehäuft, so daß der Streik unmittelbar beim Einsetzen unser gesamtes Wirtschaftsleben in arge Bedrängnis brachte. Die Wirkung einer solchen Störung richtet sich nicht zuletzt gegen die Arbeiterklasse selbst. In Süddeutschland, wo insbesondere die mangelhafte Kohlenversorgung schon vor dem Streik zu Einstellungen der Betriebe nötigte, ist der Umfang der Betriebseinstellungen sehr schnell gewachsen. Auch wo relativ bessere Kohlenversorgung vorhanden war, stellte sich sehr bald eine Unterbrechung der Betriebe ein. Betriebseinstellungen bedeuten Arbeitslosigkeit und in der gegenwärtigen Zeit, wo wir noch eine ganz leidliche Konjunktur verzeichnen, ist die Zurückraubung der Ausnutzung der Geschäftslage in höchstem Maße zu bedauern.

Aber nicht nur in der Kohlenversorgung, auch in der Zufuhr von Lebensmitteln in den großen Städten müssen sich sehr bald Unzuträglichkeiten herausstellen, die wieder in ihrer ganzen Schwere die miterbarmteltel Bevölkerung treffen. Daß so große Mengen an Lebensmitteln durch die Unterbrechung des Transports bei der strengen Witterungsgangegangen sind, ist doppelt zu bedauern, da wir einen Überfluß an Lebensmitteln nicht haben. Ueber die Berechtigung der Härteberechtigung des Streiks soll hier nicht geredet, sondern nur auf die wirtschaftlichen Folgen und ihre Rückwirkung auf die Arbeiterklasse hingewiesen werden. Die jetzt an dem Streik für unser Wirtschaftsleben werden sich noch für lange Zeit herausstellen. Es wird geraume Zeit dauern, ehe der vollständig ins Stocken geratene Güterverkehr wieder in Bewegung kommt; denn nicht nur der Verkehr muß wieder in seine gewohnte Bahn geleitet werden, es fehlt auch an genügendem Betriebsmaterial, das vielfach beschädigt wurde und

nicht sofort wieder in den Dienst gestellt werden konnte. Dazu kommt, daß wir durch den harten Winter vollständig auf die Ausnutzung der Schiffsfahrtswege verzichten müssen, und somit eine Erleichterung des Eisenbahnverkehrs nicht möglich ist, im Gegenteil, noch eine weitere Belastung hinzukommt, so daß der Streik der Eisenbahner uns einen Schaden zufügt, der auf Monate hinaus seine Nachwirkung erkennen lassen wird.

In Handelskreisen wird seit einiger Zeit mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, gegen unsere Außenhandelskontrolle Sturm gelaufen. Allen voran ist es der Exporthandel, der sich dagegen wehrt, daß dem Handel die Verpflichtung auferlegt wird, in ausländischer Valuta seine Geschäftsabschlüsse zu vollziehen und einen Teil dieser eingehenden Exportdevisen dem Reiche abzuliefern. Die Außenhandelskontrolle steht heute gänzlich unter der freien Verwaltung der Interessentengruppe. Zu beachten ist dabei nur, daß von den Exportwaren ein Betrag als Ausfuhrabgabe gefordert wird, ferner soll durch die Preiskontrolle die zu billige Abgabe der Waren nach dem Auslande verhindert werden, und schließlich, wie schon erwähnt wurde, soll der Exporteur einen Teil der Devisen an die Reichsbank abliefern.

Weshalb muß diese Außenhandelskontrolle aufrechterhalten werden? Diejenigen, die unsere Gesamtlage der Volkswirtschaft nicht nur von ihrem engherzigen Interessentendruckpunkt aus betrachten, sondern weiter blicken können, müssen sich darüber klar sein, daß eine starke Unterbietung in den Warenpreisen beim Export uns die schwersten Nachteile eintragen muß. Ohne Ausnahme haben alle Staaten, die für uns als Absatzgebiete in Frage kommen, insbesondere die hochvalutarischen Länder, Maßnahmen getroffen, um den deutschen Export zu erschweren, sei es durch erhöhte Zölle, Einfuhrbeschränkungen oder besondere Abgaben. Würden wir ohne eine Preiskontrolle die Waren hinauslassen, so hätte das keine andere Folge, als daß im Ausland die Erfolge für den deutschen Handel erheblich gesteigert würden. Wir halten also unsere Einrichtungen nur aufrecht unter Berücksichtigung der allgemeinen außenpolitischen Interessen, die in ihrer günstigen Rückwirkung unserem gesamten Handel zugute kommen. Die freie Ausfuhr ist aber auch deshalb unmöglich, weil zur Sicherung des Bedarfs im Inland ein Abwandern der Waren ins Ausland unterbunden werden muß. Unsere Industrie ist immer noch nicht so auf der Höhe, daß sie in allen Zweigen der Warenproduktion voll die Nachfrage deckt. Es wird genügen, auf den besonderen Mangel an Kohle und Baumaterial hinzuweisen.

Das verständnislose Bestreben des deutschen Exporthandels ist erkennbar in dem Verlangen, daß die höheren Preise, die im Export erzielt werden, vollständig dem Handel zufließen sollen, nicht aber, wie es bisher berechtigterweise durchgeführt ist, auch der Industrie zugute kommen. Der Handel will die Wareneinkäufe zum Inlandspreis tätigen und dann freie Verfügung haben, wie und in welcher Weise er die Waren nach dem Auslande ausführt, und die enormen Gewinne aus den Valutadifferenzen will er vollständig für sich in Anspruch nehmen. Diese vom egoistischen Interesse diktierten Ansprüche, die insbesondere laut werden in dem Exporthandel unserer Seestädte, haben bisher nur dazu geführt, daß die Industrie immer mehr den Handel ausschaltet und selbst die Handelsbeziehungen mit dem Auslande aufnimmt. Dazu kommt, daß in immer steigendem Maße ganz deutlich erkennbar wird, daß Industrie und Handel die im Export erzielten Beträge im Ausland festlegen und damit die Gutachten des deutschen Handels und der Industrie im Ausland in einem Riesenumfang anwachsen. Daß diese Bestände deutschen Vermögens nicht vollkommen von der Besteuerung erfaßt werden, ist sehr nahelegend und mit der Grund, weshalb man im Ausland diese großen Vermögen festlegt. Deshalb auch die Aufregung, daß die Devisen an die Reichsbank abgeliefert werden sollen. Von unserem Standpunkt aus muß mit aller Entschiedenheit jeder Versuch, in der Außenhandelskontrolle eine Loderung eintreten zu lassen, bekämpft werden. Eine Planlosigkeit auf diesem Gebiet, die nur der wilden Spekulation Vorschubdienste leisten würde, fügt der deutschen Volkswirtschaft schwere Nachteile zu. Nur noch sturpellos würde die Jagd nach Gewinnen einsetzen.

Die russische Regierung bemüht sich mit viel Eifer, die Handelsbeziehungen zum Ausland in Gang zu bringen. Sie findet dabei unter Zurückstellung aller politischen Vorurteile bei den internationalen kapitalistischen Interessentengruppen ein weitgehendes Entgegenkommen, das allerdings bemessen wird nach der Aussicht des Erfolges, der dem ausländischen Kapital bei der Beteiligung an russischen Unternehmungen erblühen kann. Immer zeigt sich der Kapitalismus von der Seite, daß ihm politische Anschauungen kein Hindernis sind, wenn er nur zu seinen

Nutzen kommt. Gegen diesen Standpunkt wird sich im Interesse der Belebung der Handelsbeziehungen nichts einwenden lassen. Auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus sind wir interessiert daran, daß Handel und Verkehr mit dem Osten wieder in Gang kommt.

Wie berichtet wird, hat der Konzern der deutschen Exporteure, die Allgemeine Handelsgesellschaft, dem Zentralverband für Genossenschaftswesen in Moskau einen Kredit von einer halben Milliarde Mark für Warenbestellungen in Deutschland gewährt. Die geschäftlichen Beziehungen sollen so geregelt werden, daß die Abtragung des Kredits durch Lieferung von Rohstoffen erfolgen soll. Die Preisberechnung wird geprüft von einem Schiedsgericht, das in Hamburg eingesetzt wird. Ergibt sich, daß das Unternehmen floriert, so soll dieser Kredit später auf 1 Milliarde Mark erhöht werden.

Der Rat der Volkskommissare in Rußland hat den Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen sowohl für die Genossenschaften wie auch für den Handel freigegeben. Er verläßt damit die bisher strenge Zentralisierung des Handels, um auf einem sehr wichtigen Gebiet den freien Verkehr seinen Lauf zu lassen. Allerdings ist die Bedingung in der Verordnung eingeflochten, daß das Volkskommissariat unter Umständen die eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Ackergerätschaften beschlagnahmen kann, natürlich unter Entschädigung für die Handelsfirmen, die die Waren eingeführt haben.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht bereits die Ergebnisse der deutschen Viehzählung vom 1. Dezember 1921. Das Gesamtergebnis ist verhältnismäßig günstig insofern, als die Viehbestände durchweg nicht abgenommen haben, sondern eine, wenn auch geringe Zunahme aufweisen. Das ist um so höher einzuschätzen, als bei dem großen Futtermangel mehr Vieh zur Abchlachtung gebracht wird, als unter normalen Verhältnissen. Nach der Statistik ist der Bestand an Rindvieh im Vergleich zum 1. Dezember 1920 gestiegen von 16 806 791 auf 16 839 559. Der Bestand von Schweinen ist in demselben Zeitraum aufwärts gegangen von 14 179 163 auf 15 875 636. Der Pferdebestand weist eine Zunahme von rund 100 000 auf. Das Ergebnis der Viehzählung läßt erkennen, wie unsere Landwirtschaft trotz der ungünstigen Futterernte doch die Viehbestände auf gleicher Höhe gehalten hat. Allerdings wird in der Folgezeit das Fehlen der Einfuhr russischer Futtermittel die Viehaufzucht behindern, und die Erreichung einer Viehziffer, wie sie vor dem Kriege bestand, wird noch lange auf sich warten lassen. Deutschland ist leider nicht in der Lage, für eine Viehhaltung, wie sie die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege aufzuweisen hatte, die nötigen Futtermittel aufzubringen.

Für die Ernährung des deutschen Volkes wird für die Zukunft von Bedeutung sein, ob es der heimischen Landwirtschaft gelingt, die Produktion im Körner- und Kartoffelbau so zu erhöhen, daß wir die sehr erhebliche Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande ersparen können. Das wird abhängig sein davon, ob die deutsche Landwirtschaft zur größeren Anwendung zweckdienlicher Düngemittel übergeht und durch eine intensive Bewirtschaftung die Höhe der Produktion erreicht, die notwendig ist. Aber hier sind die Hindernisse so groß, daß die Lösung dieser Frage noch in weite Ferne gerückt ist.

Wie groß ist jetzt das deutsche Volkseinkommen?

Von Dr. R. Kuczynski.
(Nachdruck verboten.)

Vor dem Kriege war die Einkommensgliederung im deutschen Volke etwa so: Von den Haushaltungsvorständen und Einzelsteuernden mit eigenem Einkommen hatten:

	Mk.		durchschnittlich	im ganzen
			Mk.	Millionen Mk.
a) 10 000 000	unter	1 000	700	7 000
b) 11 500 000	1 000 bis	3 000	1 600	18 400
c) 1 400 000	3 000	10 000	5 000	7 000
d) 250 000	10 000	100 000	22 500	5 625
e) 10 000	über	100 000	245 000	2 450
			zusammen	40 475

Das gesamte Volkseinkommen betrug rund 40 Milliarden Mark. (Zur allgemeinen Charakterisierung der fünf Gruppen sei kurz bemerkt: Gruppe a umfaßt vor allem ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Dienstboten und städtische Arbeiterinnen, Gruppe b städtische Arbeiter, untere Angestellte und Beamte, Handwerksmeister und Bauern, Gruppe c mittlere und höhere Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte, Gutbesitzer, Industrielle und Kaufleute, Gruppe d

und e Großgrundbesitzer, Großindustrielle, Großkaufleute. Die Rentner verteilen sich natürlich auf alle Gruppen.)

Heute ist die Bevölkerung infolge der Gebietsabtretungen wesentlich geringer. Die Einkommen sind aber im allgemeinen (in Papiermark) erheblich höher als früher (in Goldmark). Man wird vielleicht annehmen dürfen, daß das Einkommen in Gruppe a (vor dem Kriege unter 1000 Mk.) heute zumeist unter 10 000 Mk. und durchschnittlich 5000 Mk. betragen wird, in Gruppe b (vor dem Kriege 1000 bis 3000 Mk.) im allgemeinen 6000 bis 30 000 Mark und durchschnittlich 15 000 Mk., in Gruppe c (vor dem Kriege 3000 bis 10 000 Mk.) im allgemeinen 10 000 bis 50 000 Mk. und durchschnittlich 25 000 Mk., in Gruppe d (vor dem Kriege 10 000 bis 100 000 Mk.) im allgemeinen 25 000 bis 300 000 Mk. und durchschnittlich 75 000 Mk., in Gruppe e (vor dem Kriege über 100 000 Mk.) im allgemeinen über 200 000 Mk. und durchschnittlich 700 000 Mk. Von den heutigen Haushaltungsvorständen und Einzelsteuernden mit eigenem Einkommen würden danach etwa

	durchschnittlich	im ganzen
	Mk.	Millionen Mk.
9 000 000	5 000	45 000
10 000 000	15 000	150 000
1 200 000	25 000	30 000
220 000	75 000	16 500
9 000	700 000	6 300

zusammen 247 800

Das gesamte Volkseinkommen würde danach annähernd 250 Milliarden Mark betragen. Das ist reichlich 6mal soviel wie vor dem Kriege — unter Berücksichtigung der Gebietsabtretungen — reichlich 7mal soviel auf den Kopf der Bevölkerung.

Man wird einwenden: wie ist das möglich; die Arbeiter verdienen jetzt doch trotz verkürzter Arbeitszeit 12mal soviel wie früher. Darauf ist zu sagen: Es ist richtig, daß die Arbeiter heute, soweit sie voll beschäftigt sind, durchschnittlich 12mal soviel verdienen wie früher, und es ist auch richtig, daß zahlreiche Landwirte, Industrielle und Kaufleute heute mehr als 12mal soviel verdienen wie früher. Aber es ist nicht minder richtig, daß die Gehälter der mittleren und höheren Angestellten, daß die Berufseinkommen der Ärzte, Schriftsteller usw. viel weniger gestiegen sind als die Arbeiterlöhne und daß das Einkommen aus Kapitalvermögen, das ja nicht nur für die eigentlichen Rentner, sondern mehr oder weniger auch für zahlreiche Beamte, Angestellte, Angehörige freier Berufe usw. in Frage kommt, größtenteils gar nicht gestiegen ist.

Man wird einwenden: es ist ja gar nicht möglich, daß das durchschnittliche Einkommen nur reichlich 7mal so hoch ist wie vor dem Kriege, denn die Kosten der Lebenshaltung sind fast auf das 20fache gestiegen. Darauf ist zu sagen: Es ist richtig, daß das Existenzminimum heute annähernd 20mal soviel kostet wie früher, und es ist auch richtig, daß so mancher, der vor dem Kriege ein bescheidenes Dasein fristete, heute recht üppig lebt. Aber die neuen Reichen erscheinen zahlreicher, als sie tatsächlich sind, weil man sie überall trifft, und weil sie durch ihre Neigung, das meist mühelos erworbene Geld zu verschwenden, sofort zu erkennen sind. Viel häufiger als die neuen Reichen sind jedenfalls diejenigen, die vor dem Kriege ein Einkommen von, sagen wir, über 15 000 Mk. hatten, und die heute zwar viel schlechter als früher, aber doch noch recht auskömmlich leben, ohne ihr Einkommen versiebenfacht zu haben. Vor allem aber hat tatsächlich die Mehrheit der städtischen Bevölkerung nicht einmal das Existenzminimum, während dies vor dem Kriege nur für einen kleinen Bruchteil galt. Endlich darf nicht übersehen werden, daß während die Bevölkerung früher bei einem Einkommen von durchschnittlich 600 Goldmark pro Kopf vielleicht 500 Goldmark ausgab, sie heute bei einem Einkommen von durchschnittlich 4000 Papiermark wohl 5000 Mk. ausgibt, also vielfach von ihrem Vermögen zehrt oder Kredit in Anspruch nimmt, d. h. mehr verbraucht, als sie einnimmt. Denn von seinem Vermögen zehrt ja nicht nur der Minderbemittelte, der seine Spargrößen angreift, sondern z. B. auch der Kapitalist, der im Laufe eines Jahres von seinem Bankguthaben 20 000 Mk. abhebt, während gleichzeitig der Kurswert seines — unveränderten — Effektenbestandes von 400 000 Mk. auf 600 000 Mk. gestiegen ist, und eben so der Kapitalist, der von den 50 Aktien, die er zu Beginn des Jahres hatte, am Schluß nur noch 45 Aktien besitzt, mögen diese 45 Aktien auch noch soviel mehr „wert“ sein, als es die 50 Aktien vor einem Jahre waren. Hierüber herrscht in weitesten Kreisen größte Unklarheit. Tatsächlich beruht denn auch ein Gutteil der heutigen Ueberschätzungen des deutschen Volkseinkommens auf einer Verwechslung von Einkommen und Verbrauch.

Anträge an den Gewerkschaftskongress und unsere Verbands-Generalversammlung.

Althaldensleben. 1. Die Steingutarbeiter und -arbeiterinnen von Althaldensleben fordern vom Gewerkschaftskongress in Leipzig, sich für den Zusammenschluß sämtlicher Gewerkschaften einzusetzen und diese Frage als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

2. Die Zahlstelle schließt sich dem Verlangen der Zahlstelle Grünstadt-Neuleiningen an auf Einführung gesetzlicher Pensionskassen für alle Arbeiter ohne Unterschied. (Siehe „Ameise“ Nr. 1 vom 6. Januar 1922.) Sie beauftragt den Hauptvorstand, sich in dieser Angelegenheit mit dem Vorstand des ADGB in Verbindung zu setzen.

Anträge zur Verbands-Generalversammlung in Dresden am 9. Juli d. J.

Leipzig. Unsere Zahlstelle stellt folgende Anträge an die Generalversammlung:

§ 1. Einzufügen: „Er erstrebt die Sozialisierung der Porzellanindustrie“.

§ 7 ist zu streichen.

§ 16, Absatz 1, soll heißen: „Für arbeitsunfähig gemeldete Mitglieder gelten die Bestimmungen der zuständigen Krankenkasse“.

Begründung: Die Formulierung desselben ist Arbeitsordnungsstil von Anno 1900.

§ 18, Absatz 3. Der Gesamtbetrag der Fahrgelder muß immer den bestehenden Fahrpreisen angepaßt werden. — Ebenso Umzugsgelder.

§ 19. Die Sterbeunterstützung ist abzubauen.

Begründung: Die Bestattung der Toten muß Aufgabe der Gemeinden sein.

§§ 21, 22. Die Unterstützung soll betragen:

Klasse	Beitrag	nach 26 Wochen	nach 52 Wochen
1:	1,40 M.	36 M.	42 M.
2:	2,30 "	48 "	60 "
3:	3,60 "	78 "	90 "
4:	5,30 "	120 "	138 "
5:	7,20 "	164 "	190 "
6:	9,— "	210 "	240 "

Begründung: Die Streit- und Maßregelungsunterstützung muß mindestens die Ernährung sicherstellen.

§ 22, Absatz 16, soll heißen: „Sofern der Streit länger als drei Tage dauert, wird Unterstützung vom ersten Tage gezahlt“.

Begründung: Durch diese Regelung würde der Kampfesgeist gefördert.

Zur Verschmelzungsfrage.

Die Generalversammlung beschließt:

Der Hauptvorstand hat unverzüglich seinen ganzen Einfluß innerhalb des ADGB aufzubieten, daß endlich die Schaffung von großen Industrieverbänden in Angriff genommen wird.

Begründung: Die Konzentration des Kapitals schreitet immer mehr vorwärts. Die Erkenntnis zur Schaffung von großen Industrieverbänden darf nicht mehr länger frommer Wunsch bleiben. Verbandsegoistische Interessen müssen beiseite gestellt werden. Innerhalb der Industrieverbände wird das Machtbewußtsein, die organisatorische und finanzielle Kraft der Gewerkschaftler ungeheuer gestärkt.

„Ameise.“

Antrag 1. Der Inhalt der „Ameise“ soll bestimmter und ausdrucksvoller den Klassenkampfcharakter unseres Verbandes zeigen. An leicht faßlichen Beispielen muß mehr denn je die kapitalistische Mißwirtschaft gezeigelt werden.

Antrag 2. Die „Ameise“ soll sofort alle neue Gesekentwürfe bringen, die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Charakter haben und die Arbeiter- und gewerkschaftlichen Rechte stark berühren. Sollte dieses wegen Raumangel undurchführbar sein, so sollen jeder Zahlstelle einige Exemplare dieser Gesetze zugehen.

Begründung: Ueber die neueren Gesekentwürfe (Schlichtungsordnung, Erwerbslosengesetz usw.) herrscht in den breitesten Kreisen die größte Unklarheit.

Erwerbslosengesetz.

Sämtliche Delegierte zum Kongress sollen durch Urabstimmung der Mitglieder gewählt werden.

Begründung: Der letzte Kongress in Nürnberg war zum größten Teil aus Gewerkschaftsführern und Angestellten zusammengesetzt. Dieser Zustand ist ungeeignet. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß große Teile der Gewerkschaftsmitglieder mit der Politik und Einstellung der Spitzenkörperschaft nicht einverstanden sind.

Altersversorgung.

Die Generalversammlung soll sich mit der Altersversorgung befassen. Ein dahingehender Antrag soll dem Gewerkschaftskongress zugehen.

Begründung: Die fortschreitende Verelendung der Arbeiter macht es diesen unmöglich, sich Ersparnisse für das Alter zurückzulegen. Die jetzt bestehenden Gesetze müssen ausgebaut oder neue geschaffen werden, damit invaliden und alten Arbeitern das Existenzminimum gewährleistet wird.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Das am 4. Februar 1920 von der Nationalversammlung beschlossene und am 11. Februar 1920 in Kraft getretene Betriebsrätegesetz konnte bisher nicht in vollem Umfange durchgeführt werden, weil hierzu gemäß §§ 72 und 70 noch Ergänzungsgesetze notwendig waren. Das eine auf Grund des § 72 zu schaffende Gesetz über die „Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung“ hat der Reichstag am 5. Februar 1921 verabschiedet. Das andere auf Grund des § 70 zu erlassende Gesetz über die „Entsendung von Betriebsvertretungsmitgliedern in den Aufsichtsrat“ ist vom Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Februar 1922 endgültig beschlossen worden und soll mit Wirkung am gleichen Tage in Kraft treten. Damit wäre der Kreis der unmittelbar für die Betriebsvertretungen auf Grund der Reichsverfassung zu schaffenden Gesetze geschlossen, wenn nicht der Reichstag eine Vorlage über ein Gesetz ausarbeiten soll, welches den Betriebsvertretungen der bergrechtlichen Gewerkschaften, für die zurzeit gesetzlich Aufsichtsräte nicht vorgeschrieben sind, die Möglichkeit gibt, sinngemäß in den Aufsichtsratskörperchaften eine Vertretung zu haben, wie dies für die Betriebsräte in Betrieben mit einem Aufsichtsrat nunmehr der Fall ist. Hoffentlich gelingt es bald, auch diesen Schlußstein einzufügen.

Das neue Gesetz über die Entsendung von Betriebsvertretungsmitgliedern in den Aufsichtsrat ist im Reichsgesetzblatt noch nicht veröffentlicht. Die Wahlordnung muß erst noch vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet werden, bevor das Gesetz praktisch wirksam werden kann. Es soll über den Inhalt dieses Gesetzes an dieser Stelle nicht gesprochen werden. Festgestellt werden muß jedoch, daß nunmehr durch die bestehenden drei Gesetze für die Betriebsräte in Deutschland eine wertvolle Möglichkeit der Mitarbeit im Wirtschaftsleben geschaffen ist. Damit erwächst der deutschen Arbeiterklasse aber auch eine große Verantwortung. Es gilt nunmehr zu beweisen, daß die Arbeitnehmer imstande sind, diese neuen Aufgaben zu erfüllen, damit die Arbeiterbewegung nicht nur national, sondern auch international ihrem Ziele, der Ueberführung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft, näher kommt.

Aus unserem Beruf.

Zur Generalversammlung. Für die Zeit bis zum Stattfinden unserer Generalversammlung am 9. Juli d. J. werden wir in unserem Blatte einen besonderen Raum zur Verfügung stellen zur Veröffentlichung der Anträge, die zur allgemeinen Diskussion gestellt werden, sowie für diese Diskussion selbst. Die ersten Zahlstellen sind bereits in dieser Nummer mit Anträgen auf den Kongress getreten, auch mit Anträgen an den Gewerkschaftskongress. Um jedem Irrtum im Vorhinein zu begegnen, machen wir aufmerksam, daß die Anträge, die an den Gewerkschaftskongress und an unsere Verbands-Generalversammlung gelangen sollen, in besonderer Ausfertigung an den Verbandsvorstand einzusenden sind. Die Veröffentlichung der Anträge in der „Ameise“ hat keinen anderen Zweck, als eine allgemeine Aussprache und eine Klärung der Meinungen darüber herbeizuführen.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Die Branchenversammlung vom 21. Februar hat sich mit der Schaffung eines Streikfonds beschäftigt, aus dessen Mitteln auch arbeitslosen Kollegen eine besondere Zuteilung gemacht werden soll. Ein diesbezüglicher Antrag Große ist für die nächste Branchenversammlung zurückgestellt worden.

Nachstehender Antrag A. Bauer hat jedoch einstimmige Annahme gefunden: Für die 9. bis 13. Woche im 1. Quartal 1922 je eine grüne Marke im Werte von 5 M. zu geben. Aus den hierdurch gewonnenen Mitteln erhalten die Kollegen, die infolge Arbeitslosigkeit im letzten Winter Schaden gelitten haben, eine außerordentliche Unterstützung.

Bemerkt sei noch, daß wir es als Ehrenpflicht aller Kollegen auch der in den Brauereien und anderen Berufen und Betrieben Beschäftigten, halten, pünktlich zu zahlen, damit die arbeitslosen Kollegen schnell in den Genuß des Zuschusses kommen.

Die Branchenleiter

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler! Bei der Firma Anton Weißmann, Firmenschilderfabrik, Berlin S., Prinzenstr. 73, sind Differenzen ausgebrochen.

Vor Arbeitsaufnahme haben sich die Kollegen im Bureau, Mannhstr. 85, zwecks Einholung der nötigen Informationen zu melden.

Die Branchenleitung.
Gaildorf (Württemberg). In Württemberg sind in letzter Zeit mehrere Betriebe entstanden, die teils Porzellan, teils Steingut erzeugen. In allen diesen Betrieben gingen unsere Kollegen sofort daran, die darin Beschäftigten für unsere Organisation zu gewinnen und eine Zahlstelle zu errichten. So auch bei der neugegründeten Firma Metzger in Gaildorf, die vor zirka 6 bis 8 Wochen in Betrieb genommen wurde und sich vorläufig mit der Erzeugung von Tongeschirren befaßt. Diese darin beschäftigten Kolleginnen und Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, war der Zweck der am 18. Februar in Gaildorf einberufenen Versammlung, in der sämtliche Arbeiter des Betriebes anwesend waren. Die beiden anwesenden Vertreter der Zahlstelle Schornborn wiesen auf die Notwendigkeit des Anschlusses an unsere Organisation hin und erläuterten den Zweck unseres Verbandes. Die Kollegen, die meist unorganisiert waren, traten sämtlich unserem Verbands bei und konnte am selben Abend die Gründung einer Zahlstelle vorgenommen werden. Die Anwesenden waren sich alle darin einig, daß nur durch eine straffe Organisation etwas zu erreichen ist, und werden deshalb alles daransetzen, immer mehr neue Mitglieder unserer Organisation zuzuführen.

Mit dem Appell an alle Anwesenden, treu zu unserem Verbande zu stehen und für unsere Sache zu kämpfen, wenn es gilt, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Schönwald. Wer in Schönwald in Arbeit zu treten gedenkt, insbesondere in der Dreherei der Firma Porzellanfabrik Schönwald, A.-G., wird in seinem Interesse ersucht, sich vorher erst bei der Zahlstellenverwaltung nach den Verhältnissen zu erkundigen.

Christliche Verleumdertaktik. Die „Keramarbeiterzeitung“ heult jetzt wie ein Roter, der mit der Peitsche gezüchtigt wurde, weil wir erklärt haben, mit gewerksmäßigen Verleumdern und Ehrabschneidern debattieren wir nicht mehr. In ihrer polizeibidrigen Beschränktheit erklärt sie jetzt, daß sie solchen Vorwurf nicht erwartet hätte, sondern vielmehr damit rechnete, daß wir wegen ihrer Mißheiden zum Rade laufen würden. Die einfache und klare Sachlage kann das Blatt aber mit diesen Manipulationen nicht verwischen. Wir haben für unsere Behauptung, die „Christen“ haben die Unternehmer angewinselt, damit diese ihnen behilflich sein sollen, die Schächeln in den christlichen Pferch treiben zu helfen, den Beweis erbracht. Ob er von den Christen als erbracht angesehen wird oder nicht, ist nicht das Moment, auf das es ankommt. Auf jeden Fall haben wir bewiesen, daß wir uns solche Behauptung nicht aus dem Handgelenk schüttelten. Als wir aber von den „Christen“ den Beweis verlangten für ihre schamlosen Behauptungen, hat das christliche Blatt angefangen zu schimpfen wie ein Hamburger Fischweib, den Beweis ist es uns aber schuldig geblieben.

Das Verleumderblatt ist eben nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Namen eines Kollegen von uns zu nennen, der um die Gunst der Unternehmer gebuhlt haben sollte, es ist auch nicht in der Lage, eine einzige Tarifposition zu nennen, mit der unser Verband erreichen wollte, Andersdenkende brotlos zu machen. Nachdem wir das Blatt mit beiden Ohren auf seine Verleumdungen aufgenagelt haben, jetzt möchte es vom eigentlichen Thema ablenken, die ganze Angelegenheit auf ein anderes Gleis schieben.

Indem wir diesen klaren und einfachen Sachverhalt nochmals feststellen, wiederholen wir unsere Erklärung, daß wir mit gewerksmäßigen Verleumdern und Ehrabschneidern grundsätzlich nicht mehr debattieren.

Vermischtes.

Um die Demobilisierungsverordnungen. Bekanntlich sollten nach der Verordnung vom 18. Februar 1921 die Demobilisierungsbestimmungen am 31. März 1922 ihr Ende erreichen. Es wurde damals angenommen, daß bis zu diesem Termin die nur durch Verordnung geregelten Fragen durch entsprechende Reichsgesetze eine Regelung erfahren würden. Dieses hat sich nicht erreichen lassen, so daß die Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen die Arbeiterschaft ohne den nötigen Schutz gelassen hätte. Die drohende Aufhebung, die in Gewerkschaftskreisen zu lebhaften Besprechungen Anlaß gab, veranlaßte den Vorstand des ADGB, bei den Reichsbehörden die Fortführung der Schutzbestimmungen zu erwirken. Dieses letztere steht nunmehr in Aussicht. Wie der Reichsminister des Innern am 4. Februar 1922 mitteilte, wird kurzzeitig in seinem Ressort mit Beschleunigung an einem Gesetzentwurf gearbeitet, durch den die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen verlängert werden soll.

Kriegsblinde Proletarier. Es bestehen bis jetzt nur verstreute Mitteilungen über die Kriegsblinden in Deutschland. Uthhoff in Breslau hat nun das Schicksal der 287 schlesischen Kriegsblinden an Hand ihrer Akten und Krankengeschichten verfolgt. Etwa 92 Proz. sind durch Geschosverletzungen und 8 Proz. durch Erkrankungen erblindet. Die Unterstützung der Blinden ist so gering, daß kein einziger von der Unterstützung leben kann. Von den Berufen kamen vor dem Kriege für die Blinden nur Korbmachen, Stuhlflechten, Bürstenmachen und Musikieren nebst Klavierstimmen in Frage. Jetzt gehören von den beruflich tätigen schlesischen Kriegsblinden nur 31 Proz. diesen Berufen an, während 11 Proz. als Maschinenschreiber und Telephonisten, 17 Proz. als Landwirte, 16 Proz. als Fabrikarbeiter, 25 Proz. in anderen Berufen arbeiten. Da aber ein Drittel der Kriegsblinden überhaupt nicht berufstätig ist, so darf vielleicht die Hälfte nur als versorgt angesehen werden. Schwierig ist die Unterbringung der Blinden als Fabrikarbeiter, da, wie Uthhoff schreibt, jetzt das anfänglich überall vorhandene Mitleid meist geschwunden ist, ohne das aber der Blinde zwischen sehenden Arbeitern nicht durchkommt. Daher hat Direktor Perls vorgeschlagen, eigene Blindenwerkstätten einzurichten in der Nähe des Großbetriebes, zu dem sie gehören, und umgeben von den Häuschen, in denen die Blinden wohnen. Solange dieses Ideal noch nicht erreicht ist, hat jeder Proletarier die sittliche Pflicht, in seinem Kampfe um die Existenz auch das Lebensrecht dieser Vermissten der Armen zu wahren.

Familienversicherung. Die Einführung der Familienversicherung ist jetzt in Groß-Berlin durch Vertragschluß zwischen Krankenkassen und Ärzten gesichert. Leider gehören die Städte, in denen eine Familienversicherung besteht, immer noch zu den Ausnahmen. Eine Erhebung des badischen Arbeitsministeriums ergab, daß von 370 Krankenkassen nur 20 Proz. Familienhilfe gewähren. Die Ausgaben betragen 8 Proz. der übrigen. Danach werden die Ausgaben bei einer gesetzlichen Einführung der Familienhilfe in ganz Deutschland von Dr. Alfons Fischer-Parlsruhe in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ auf 300 Millionen heutiger Papiermark berechnet. Diese sollen zu einem Drittel durch das Reich, zum anderen durch die Länder und Gemeinden, zum letzten durch die Krankenkassen getragen werden. Damit würde auf die Arbeitnehmer nur ein Sechstel entfallen, eine Leistung, die von allen Arbeitern im Hinblick auf die große soziale und gesundheitliche Bedeutung gern getragen werden würde.

Der Achtfundentag der Lehrlinge. Ein Handwerksmeister in Dresden hatte die Fortbildungsschulzeit seiner Lehrlinge nicht auf die Arbeitszeit angerechnet und die Lehrlinge somit länger als acht Stunden beschäftigt. Obwohl Eltern und Lehrlinge mit dieser Arbeitszeit einverstanden waren, hat das Gericht den Meister auf Anzeige des Gewerbegerichts zu 20 Mk. Strafe verurteilt. Zu dem gleichen Urteil kam auch die Berufungsinstanz, die auf die Einwendung des Meisters, es handle sich um Lehrlinge, erklärte, der Gesetzgeber verstehe unter „gewerblichen Arbeitern“ auch die Lehrlinge. Damit gelte auch für die Lehrlinge der Achtfundentag.

Günstige Erfahrungen mit dem Achtfundentag. Aus dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1920 werden folgende günstige Erfahrungen mit der achtfundigen Arbeitszeit festgestellt:

Aus dem Regierungsbezirk Bautzen wird mitgeteilt, daß dort eine Leinwandweberei nur fünf Tage zu je acht Stunden am Tage arbeiten läßt, weil die Erzeugung an den Webstühlen ganz erheblich gestiegen ist und jetzt in fünf Tagen dasselbe erzielt wird wie früher in sechs Tagen. — In der Striderei-Abteilung dieses Unternehmens wird jetzt nicht nur in acht Stunden dasselbe geleistet wie früher in zehn, die Arbeiten sind jetzt auch viel sauberer, weil bei der kürzeren Arbeitszeit Augen und Nerven nicht in dem Maße angestrengt werden wie früher bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. — Ein Glashüttenbesitzer in demselben Bezirk hat befunden, daß die Stücklohnarbeiter jetzt bei acht Stunden dasselbe leisten wie in der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege. — Eine Bautzener Waggonfabrik hat einwandfrei festgestellt, daß durch die Einführung des Achtfundentages zwar die Gesamtleistung etwas zurückgegangen, die stündliche Arbeitsleistung jedoch erheblich gestiegen und noch im Steigen begriffen ist. — Erwähnt sei noch die Auslassung eines Direktors einer großen Leigwarenfabrik im Reichenberger Bezirk, der betonte, die Einführung des Achtfundentages „sei keineswegs eine der Industrie schädliche Errungenschaft“.

Und trotzdem hört der Ansturm der Unternehmer nicht auf, gegen den Achtfundentag zu kämpfen. In dieser wichtigen Kulturerrungenschaft festzuhalten, muß unser aller Anstrengung sein.

Versammlungsberichte.

Annaberg. Unsere Februarversammlung war wiederum schlecht besucht. Konnte man doch diesmal, weil die „Ameise“ nicht erschienen war, die schöne Ansrede gebrauchen: „Ich hab's nicht gewußt!“ Trotz

der Kälte im Saal (die Verhältnisse, in diesem Falle die Kälte, waren stärker als der gute Wille der Verwaltung) und trotz der schaurigen Beleuchtung entwickelte sich über verschiedene Tagesordnungspunkte eine lebhaftige Debatte. So zur Frage der Doppelarbeiter. Da keine Arbeitslosen am Ort mehr vorhanden sind, wird von einer weiteren Stellungnahme dazu abgesehen. Der Krankentassenauschuss wird beauftragt, schnellstens dahin zu wirken, daß das Krankengeld erhöht wird. Unter „Verschiedenes“ wird debattiert über die kommenden Betriebsratswahlen, über die Verschmelzungsfrage, Generalversammlung usw. Der Betriebsratsvorsitzende führt der Versammlung vor Augen, wie bitter notwendig es ist, zu all diesen Fragen eingehend Stellung zu nehmen. Aber immer ist es nur ein kleiner Kreis von Kollegen, die Interesse zeigen und aktiv sind, während die Mehrzahl der Belegschaft diesen Dingen stumpfsinnig und gleichgültig gegenübersteht. Kollegen, soll das immer so bleiben? Sort dafür, daß der nächste Versammlungsbericht keine Plage bringen muß. Ein Antrag, bis zur nächsten Versammlung Kontrollkarten einzuführen, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Elsterwerda. Versammlungsbericht vom 10. Februar. Wie in jeder, so auch in dieser Versammlung war ein sehr schlechter Besuch zu verzeichnen, obwohl man meinen sollte, daß in dieser wirtschaftlichen Situation mehr Interesse an den Tag gelegt werden müßte. Bei Beginn der Versammlung wurde das Andenken der beiden verstorbenen Kolleginnen Köhler und Heinrich durch Erheben von den Plätzen geehrt. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Ulrich den Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten, daß sie Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden haben, worauf der Kassierer entlastet wurde. Zu Punkt 2 gab Kollege Mäfer den Kartellbericht, welcher mit Staunen und sichtbarer Erregung entgegengenommen wurde. Zu diesem Bericht wurde angeregt, mehr Interesse der ganzen Gewerkschaftsbewegung zu widmen, allen Parteihader beiseite zu schieben, damit endlich einmal die Einheitsfront hergestellt werden kann. Unter Punkt 3, „Lohnfrage“, wurde ausgeführt, daß die Feuerungswelle schon längst die jetzigen Verdienste überholt hat und daß man immer wieder in das alte Dilemma gerät. Es langt zum Leben nicht mehr zu. Es wurde gefordert, den Hauptvorstand zu beauftragen, das Lohnabkommen zu kündigen, wenn es nicht möglich ist, daß von Organisation zu Organisation eine weitere Lohnvereinbarung sich erzielen läßt. Ebenfalls wird gefordert ein höherer Prozentschlag für „sonstige Arbeiter“. Begründung: Den sonstigen Arbeiter im Lohn dem A-fordarbeiter näher zu bringen. In Punkt 3, „Anträge der Verwaltung“, sah sich selbige veranlaßt, zu der seit vorigem Jahre bestehenden Sterbefasse ein Statut zu verfassen, das wie folgt von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

§ 1. Zweck der Sterberunterstützung: Allen Mitgliedern bei vorkommenden Fällen in der größten Not lindern und zu helfen.

§ 2. Für jedes verstorbene Kind unter 6 Jahren beträgt der Beitrag 0,50 Mk.; für jeden verstorbenen Erwachsenen 1.— Mk.

§ 3. Dieser Beitrag ist nur einmalig zu erheben. Der Kassierer hat diesen Beitrag einzuziehen und an die Hinterbliebenen gegen Quittung auszuhändigen.

§ 4. Alle Mitglieder der Zahlstelle können sich nur dadurch die Rechte wahren, daß sie sich an allen Unterstützungen bzw. notwendigen Sammlungen für verstorbene Mitglieder oder deren Hausangehörige beteiligen.

Weiter wurde beantragt, um das Interesse der Mitglieder für die Versammlungen mehr zu beleben, daß jedes Mitglied mindestens 4 Monatsversammlungen im Jahre zu besuchen hat, anderenfalls sind 2 Extrabeiträge zu entrichten, die im Unterstützungsfalle in Anrechnung gebracht werden. Unter „Verschiedenes“ wurde beantragt, unseren aus der Haft entlassenen Kollegen eine kleine Unterstützung zu gewähren.

Fürstberg a. d. Weiser. Die am 13. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Als erstes wurden die Krankentassenangelegenheiten besprochen. Die Aussprache ging dahin, daß die Krankentasse infolge der Grippeepidemie einen starken finanziellen Schaden erlitten hat, und daß dieser durch die Mitglieder wieder aufgebracht werden muß. Nach Beendigung der Aussprache wurde folgender Antrag angenommen: „Das Krankengeld wird bis zwei Drittel beibehalten. Die Leistungen der Mitglieder gegenüber der Kasse werden auf 7 Proz. erhöht. Die Krankentasse sowie die ärztliche Behandlung soll strenger vor sich gehen. Eine ärztliche Untersuchung vor der Einstellung findet nicht statt.“ — Der Bericht des Betriebsrates wurde sehr ausführlich gegeben und den Mitgliedern gezeigt, daß diese Einrichtung für die Arbeiterschaft eine bedeutende Verbesserung ist, denn die Verhandlungen hatten zu einem guten Ergebnis geführt. Der wichtigste Punkt war: Stellungnahme zum bestehenden Lohnabkommen und zur fortwährenden Verteuerung der Lebenshaltung. Hier entspann sich eine recht lebhaftige Debatte. Die Worte sämtlicher Redner schilderten die schlechte finanzielle Lage der Arbeiterschaft. Gerade augenblicklich, wo die Verteuerung der allernötigsten Lebenshaltungsartikel so schnell vor sich geht, ist es ausgeschlossen, daß die Arbeiterschaft mit dem bis jetzt gezahlten Lohn seiner Lage einigermaßen Herr werden kann. Wir brauchen ja nur die Indizes und die Zahlen des Existenzminimums mit dem Lohn zu vergleichen, da sehen wir ganz deutlich, wie schlecht die Arbeiterschaft mit ihrer Entlohnung steht. Betreffs der sozialen Zulagen waren Meinungsverschiedenheiten. Der größte Teil der Anwesenden sprach sich jedoch für die Erhaltung und Erweiterung aus. Nach Beendigung der Debatte wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die Zahlstelle, besonders zahlreich besuchte Zahlstellen, sollen bei der Verhandlung besonders beachtet werden. Der Vorstand soll die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung des Arbeiters berücksichtigen und wolle der Verband erwägen, ob es angebracht sei, infolge dessen das jetzige Lohnabkommen sofort zu kündigen, bei dem nächsten Lohnabkommen aber darauf zu sehen, daß 1. eine prozentuale Lohnverbesserung keineswegs eingegangen werden darf, 2. es soll eine stufenförmige Lohnverbesserung in der Weise stattfinden, daß die am schlechtesten bezahlten Kategorien im Lohn des Existenzminimums nähergebracht werden; 3. die sozialen Zu-

lagen sind beizubehalten und zu erweitern. Außerdem sind die die Orts- und Lohnklassen möglichst zu beseitigen.“

Grünstadt-Neuleiningen. Versammlung vom 12. Februar 1921. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab Kollege Trum einen längeren Bericht von der Konferenz in Bonn. Es gab eine lebhaftige Aussprache, indem man sagte, wenn doch nun einmal von der Hauptverwaltung nicht mehr herauspringt, ist wohl im Kleinen überhaupt mit den Arbeitgebern nichts zu wollen. Es wurde der Antrag gestellt, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen unsere Zahlstelle nicht nur von der Gauleitung vertreten werden soll, sondern direkt einen Kollegen, welcher später noch bestimmt werden wird, senden. Als Mann wurde aus der Mitte der Versammlung verlangt, daß die vom Gewerkschaftskartell abgefaßte Resolution auch genau in die „Ameise“ kommt, welches einstimmige Annahme fand. Beim Punkt „Wünsche und Anträge“ ergriff der 1. Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes das Wort zu den Vorkommnissen in der Steingutfabrik Jacobi, Adler & Co., Neuleiningen, und führte folgendes an: Die Arbeiter der Steingutfabrik Neuleiningen haben in Erkenntnis der Notwendigkeit sich nahezu sämtlich dem Zentralverband deutscher Porzellanarbeiter angeschlossen. Durch den Anschluß an diese Organisation wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen stets in friedensstellender Weise geregelt. Die Arbeiter waren mit diesem Verhältnis sehr zufrieden, jedoch der Herr Pfarrer Scheurer von Neuleiningen nicht. Mit allen Mitteln suchte derselbe die Arbeiter gegen ihren Willen ihrer Organisation absperrig zu machen und geht dabei soweit, daß er Arbeiterinnen des Betriebes sogar auf der Straße anhält und ihnen die Mitteilung macht, daß sie, solange sie dem „roten“ Verbands angehören, von der heiligen Kommunion ausgeschlossen seien. Als weiteres Mittel, die rote Organisation zu vernichten, errichtete er einen Konsum, dem Mitglieder der „roten“ Organisation nicht angehören dürfen. Der Redner betonte, daß die Organisation bis jetzt alle Angriffe zurückgewiesen habe, doch sei es notwendig, daß sich die Gewerkschaftskartell mit dieser Angelegenheit befasse, um gegebenenfalls die Tätigkeit des Herrn Pfarrers höheren Ortes zu beleuchten. Nach äußerst lebhafter Debatte, an der sich sämtliche Delegierte der anderen Organisationen beteiligten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 12. Februar im Lokal Sendig tagende Generalversammlung, in der die Delegierten von 1200 freiorганиerten Arbeitern Grünstadts und Umgebung vertreten waren, nimmt Kenntnis von den Vorkommnissen in der Steingutfabrik Neuleiningen und verurteilt aufs schärfste das Vorgehen des Herrn Pfarrers Scheurer von Neuleiningen. Sie betrachtet es als Eingriff in die heiligsten Menschenrechte und Gefühle und hält es als ihre Pflicht, die vorgelegte Behörde des Herrn Pfarrers über seine Tätigkeit in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig soll sich der bayerische Landtag bei Stat des Kultusministeriums mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Sollten wider Erwarten diese Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg haben, so wird das Gewerkschaftskartell weitere Mittel und Wege finden, um diesem Herrn sein Handwerk zu legen. Das Gewerkschaftskartell sucht diesen Kampf nicht, es wird ihm aber auch nicht anzuweichen und wird ihn durchkämpfen, bis zu dem Zeitpunkt, wo Herr Pfarrer seine Mitbürger in Frieden tun läßt, was ihnen beliebt.“ Diese Resolution soll dem Herrn Pfarrer Scheurer, dem Ordinariat in Speyer, dem Kultusministerium und einzelnen Landtagsabgeordneten zugesandt werden.

Magdeburg. In der Versammlung vom 9. Februar hielt der beitersekretär Genosse Wünschmann einen Vortrag über: „Gewerkschaften und Betriebsräte“. In fesselnder Rede zeigte er, welche Aufgaben den Betriebsräten erwachsen, daß es oftmals nicht leicht ist, in allen Teilen gerecht zu werden. Das Betriebsrätegesetz sei noch ziemlich lückenhaft, und muß es wohl verstanden sein, daraus etwas heraus zu holen. Es kann zum Gesamtwohle ausgenutzt werden, wenn die anderen Kollegen bei größeren Aktionen den Betriebsräten helfen zur Seite stehen. Bei Diebstahl und Beleidigungen haben die Betriebsräte keine Macht, den Betroffenen im Betriebe zu halten. Auch bei Einstellungen steht ihnen ein direktes Recht nicht zu. Das Gesetz muß noch viel mehr ausgebaut werden. Nach der Revolution sah man aus, als wenn die Arbeiter die Macht hätten, aber durch die Zersplitterungen der verschiedenen Parteirichtungen ist uns das wieder aus den Händen genommen. Gegen die alten Zustände vor früher ist es immerhin schon als ein großer Fortschritt zu bezeichnen, was durch das Betriebsrätegesetz gewonnen ist. Man kann doch nicht wie das früher gang und gäbe war, alles durch einen Federstrich beseitigen. Kein Volk der Erde habe seinen Reingern gegenüber so viel Engelduld bewiesen, wie gerade das deutsche Volk. Aber einmal hat doch alles ein Ende. Trotz der Mängel darf uns der Grundgedanke nicht verloren gehen (die Sozialisierung). Wir dürfen den Gegenwartskampf nicht außer acht lassen. Nur im Kampfe kann der Kämpfer erzogen werden; freilich sind die Verhältnisse oft stärker als der Wille. Es hilft aller Wortradikalismus nichts. Es muß immer wieder versucht werden, dem Unternehmer so viel wie möglich zuringen. Eine Kritik muß jeder vertragen können. Scharf kritisierte der Redner noch, daß es vorgekommen ist, daß die Betriebsräte den Gewerkschaften in den Betrieben fördern, daß z. B. Waren aufgelauft werden, Kartoffeln, Mehl, Kleiderstoffe und dergleichen mehr, und die Unternehmer schieken das Geld vor. Diese Handlungsweise sei eines Betriebsrates unwürdig und liege nur im Interesse des Unternehmers. Denn während der Betriebsrat im Lande herumreist und diese Sachen ankauft, desto weniger kann er für seine Kollegen im Betriebe tun sein. Das eine steht fest, daß die Arbeiterschaft zum Endkampf wieder zusammengeführt wird. Lebhafter Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Aus dem Kartellbericht ist zu entnehmen, daß die Berufsmusiker sich ans Kartell gewandt hatten, vielfach Beamte Sonntag spielen und sie dadurch geschädigt sind. Das Kartell ist jetzt in einen Ortsauschuss umgewandelt. Die Delegiertenzahl ist dadurch erheblich vermindert. Ferner wird mitgeteilt, daß der Bau eines Gewerkschaftshauses geplant ist. Hierzu soll jedes Mitglied vier Jahre lang pro Woche 1 Mk. zahlen. Die Versammlung stimmt dem Projekt zu. Aus dem Kassenbericht ist zu bemerken, daß die Verbandskasse am Schluß des 4. Quartals einen Bestand von 279,86 Mk. aufweist. Von der Hauptkasse wurden 50 000 Mk. gefordert infolge des Streiks, wieder eingesandt wurden 33 000

Die Bezirkskasse hat einen Bestand von 185,90 Mk. Nach dem Bericht der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Zur Lohnfrage wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, den Tarif sofort, falls es noch nicht geschehen ist, zu kündigen. Unter „Verschiedenes“ erregte die Handlungsweise einiger Mitglieder lebhaftes Entzücken; die Besprechenden waren vom 1. Montag zum Montag gesund geschrieben, der Krankenschein war aber schon am Donnerstag fertig gemacht. Anstatt über bis Montag zu Hause zu bleiben, gingen diese Kollegen schon am Freitag zur Arbeit. Selbstredend bezogen sie noch für Freitag und Sonnabend das Krankengeld von der Krankenkasse wie auch vom Verband. Die erstere kam dahinter und mußte das Geld zurückgezahlt werden. Die Versammlung beschloß, daß auch das vom Verband unrichtig bezogene Geld für die zwei Tage zurückgezahlt wird. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf unser Stiftungsfest am 18. Februar hin und ersuchte die Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Mäbenberg. Unsere Versammlung am 13. Februar erfreute sich eines guten Besuches. Der Vorsitzende des Betriebsrates erstattet Bericht über seine Tätigkeit im letzten Monat. Hauptsächlich war der dritte Punkt die 10 Proz., die seit Juli 1920 noch nicht zur Berechnung gekommen sind. Der Vorsitzende schildert den Verlauf der verschiedenen Verhandlungen mit der Firma und die ablehnende Haltung derselben zu unserer Forderung. Da mit der Firma keine Einigung zustande kommen konnte, würde nunmehr nur noch der Rechtsweg ausschlaggebend sein. Im Vertrauen auf das gute Recht wurde dieser Schritt bei der darauf folgenden Abstimmung ohne Widerspruch anerkannt und gebilligt. Das weitere wird der Zukunft überlassen. Punkt 2 regelt sich in der Form, daß die Kollegen, die dem im Oktober 1921 gefaßten Beschluß zwecks Abgabe der 10 Proz. vom Lohn für die einzeln im Teilstreit stehenden Brenner noch nicht nachgekommen waren, sich bereit erklären, die Summe zu begleichen. Außerdem wird dazu noch eine Kommission gewählt, die die Einnahmen und Ausgaben prüfen und nötigenfalls richtigstellen soll. Zu Punkt 3 greift unser Vorsitzender das Wort und deutet auf das kommende Verbandsfest hin. Der Vorsitzende Karl Schweigert übernimmt die nötigen Vorarbeiten zum Fest und erhält den Auftrag, unseren Bauleiter für diesen Abend zu gewinnen, der aufklärend mitwirken soll. Der letzte Punkt enthält eine Reihe Anfragen und Erörterungen. Unter anderem entspinnt sich eine rege Debatte über den Anschluß an das Gewerkschaftsstell Suhl, der nun endgültig durchgeführt werden soll. Die Folgen für den späten Entschluß dazu sind erst jetzt übersehbar, nachdem die Wahlen zur Ortskrankenkasse stattgefunden haben. So stellt sich heraus, daß unser Betrieb, der als drittstärkster in Frage kommt und bementprechend auch seine Vertretung bei der Ortskrankenkasse haben mußte, einfach an die Wand gedrückt ist. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste diesen Uebelstand und beauftragt die Delegierten zum Gewerkschaftsstell Suhl, sich in Zukunft bei allen Angelegenheiten das nötige Gehör zu verschaffen. Sodann wird der erste Jahresabschluss unserer Sühler Arbeiterpresse zur Rede gebracht, die dahin endet, unser junges Unternehmen nach besten Kräften zu unterstützen. Ist es doch die einzige Presse am Platze, die die Interessen des Proletariats voll und ganz vertritt. Die Kollegen Wilhelm Albrecht und Daniel Lang bedanken sich noch für die Unterstützung, die ihnen in schweren Zeiten zuteil geworden ist. Im Hinweis darauf, in allen Angelegenheiten fest zusammen zu stehen und alle Versammlungen so zahlreich zu besuchen wie die heutige, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Rheinsberg. Versammlung vom 9. Februar 1922. Zuerst erstattete der Kassierer, Kollege Giesecke, den Kassenbericht vom 4. Quartal 1921. Derselbe ergab eine Einnahme der Verbandskasse von 9101,49 Mk., eine Ausgabe von 89521,68 Mk., so daß ein Bestand von 9579,81 Mk. verbleibt. In der Lokalkasse war eine Einnahme von 1047,97 Mk., eine Ausgabe von 2829,35 Mk., so daß ein Bestand von 1118,62 Mk. verbleibt. Daraufhin wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Alsdann wurde die Wahl einer Preis- und Defektkommission erledigt. Unter „Anträge und Beschlüsse“ wurde mit Entzücken Kenntnis genommen, daß den Freimaurern von dem bis jetzt gezahlten Lohn 40 Proz. in Abzug gebracht worden sind. Nach Vorstelligwerden der Maler bei der Betriebsleitung ist bis jetzt noch keine Einigung erzielt worden. Daraufhin wurde der Antrag gestellt, den Hauptvorstand zu ersuchen, bei der nächsten Lohnverhandlung dahin zu wirken, daß die Stundenlöhne der Zeitlohnarbeiter bedeutend erhöht werden müssen, da dieselben bei dem jetzigen Lohn vor Hunger nicht in den Schlaf kommen können, denfalls auch dafür Sorge zu tragen, daß, falls nochmals eine Wochenhilfe zur Auszahlung gelangen sollte, dieselbe gleichmäßiger zu verteilen ist, da sonst der Stundenlohnarbeiter immer der Zurückgesetzte bleibt. Außerdem wurde beschlossen, vierteljährlich eine Versammlung gleich nach Arbeitsluß stattfinden zu lassen, damit den außerhalb wohnenden Kollegen Gelegenheit gegeben wird, an der Versammlung teilzunehmen. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die Sammlung für den Kollegen Koch, welcher bei einem Fuhrwerksbetrieb arbeitet und sich weigerte, während des Streiks Streikarbeit verrichten, daraufhin von seinem Arbeitgeber entlassen wurde, 487,50 Mk. ergab. Für den erkrankten Kollegen H. Krüger wurden 50 Mk. und für die streikenden Holzarbeiter des hiesigen Sägewerks 100 Mk. bewilligt aus der Lokalkasse. Außerdem wurde noch beschlossen, unser 25-jähriges Stiftungsfest am Sonnabend, den 18. März, abzuhalten, wofür jedes Mitglied, ob es erscheint oder nicht, 2 Mk. als Festbeitrag entrichten hat.

Literarisches.

Verantwortlichkeit. Je stärker die Menschen von zentralen Einrichtungen sich abhängig machen, in desto höherem Grade ist die Verantwortlichkeit auf die Zuverlässigkeit und das Verantwortlichkeitsgefühl der Beteiligten angewiesen. Nr. 2 der „Betriebsrätezeitung“ des DGB und des Labundes, die am 15. Februar erschienen ist, weist die Betriebsräte eindringlich darauf hin, daß das Vertrauen in die Sicherheit und das zuverlässige Funktionieren gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen das Fundament für den Aufbau des Sozialismus ist. Über „Die deutsche Elektrizitätswirtschaft“ gibt die Nummer durch die Übergabe eines Vortrages des Geh.-Rats Penemann einen ausge-

zeichneten Ueberblick. Zur raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, zu dem Problem der Konzentration in der Schwerindustrie nehmen weitere Beiträge Stellung. Interessant ist eine Aussprache mit einem Wirtschaftsführer über die Blauwirtschaft. Ein Aufsatz „Die Arbeit des deutschen Werkbundes“ will die Arbeiter für die großen Ziele begeistern, die sich diese Organisation gestellt hat. Lebhaftes Interesse wird auch der Abdruck eines Vortrages „Das Meisterproblem“ erwecken. In der Rubrik „Gesetz und Recht“ finden sich äußerst wichtige Beiträge, die für jeden Betriebsrat unentbehrlich sind. Die Betriebsrätezeitung kann jedermann bei der Post abonnieren (3 Mk. vierteljährlich) oder gegen ganz geringes Entgelt durch die Organisation und Ortsausschüsse beziehen.

Zur Beachtung!

Den Mitgliedern und Verwaltungen zur Kenntnis, daß wir in Zukunft Inserate, die Gratulationen zur Hochzeit usw. oder Dankungen für Unterstützungen an die Zahlstelle, der der Empfänger selbst angehört, nicht mehr in die „Ameise“ aufnehmen. In beiden Fällen dürfte es genügen, wenn die Zahlstelle ihrem Mitgliede mündlich oder schriftlich gratuliert bzw., wenn der Dank in der Zahlstellensammlung zur Kenntnis gegeben wird.

Quittungen über eingelangte Gelder auf Grund von „Aufrufen zu Sammlungen“ werden nach wie vor in der „Ameise“ bekanntgegeben, weil das schon der Kontrolle wegen notwendig ist. Die Redaktion.

Amberg.

Unterstützung wird nur Freitagabends von 5 bis 7 Uhr ausbezahlt. Unterstützung im Krankheitsfalle nur bei Vorlegung des Krankenscheines von der Krankenkasse, Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit nur unter Vorlegung eines Ausweises vom Arbeitsamt. Verbandsbuch ist in jedem Falle mitzubringen; ohne dieses wird nichts gezahlt. Der Kassierer: Ignaz Mendl.

Blankenhein.

Anträge auf Unterstützung sind nur beim Zahlstellenkassierer, Angeleidi Nr. 5, zu stellen. Mitgliedsbuch, Krankenschein usw. in jedem Falle mitbringen. — Alle geschäftlichen Angelegenheiten, Auszahlung von Unterstützungen usw. werden nur in meiner Wohnung Sonntagvormittags von 9 bis 12 Uhr erledigt. Der Kassierer: Johann Schwarzer.

Farge.

Alle geschäftlichen Angelegenheiten — Auszahlung von Unterstützungen, Meldungen usw. — werden nur in der Wohnung des Kassierers erledigt, und zwar nur Sonnabendnachmittags von 4 bis 7 Uhr und Sonntags bis 1 Uhr nachmittags. Anträge auf Unterstützung sind in jedem Falle nur beim Zahlstellenkassierer zu stellen. Mitgliedsbuch, Krankenschein usw. ist außerdem mitzubringen. Der Zahlstellenkassierer: Paul Reinemann, Schützenstr. 97.

Sterbetafel.

- Dresden und Umg.** Eduard Bösch, geboren am 16. April 1853, gestorben am 17. Januar an Herzschwäche. Mitglied seit 1920.
- Friedrich Stölzel, Sortierer, geboren am 4. Januar 1861, gestorben am 6. Februar an Herzleiden und Asthma. Mitglied seit 1917.
- Max Thalheim, Maler, geboren am 19. April 1891, gestorben am 5. Februar an Lungen- und Kehlkopfleid. Mitglied seit 1920.
- Richard Starke, Dreher, geboren am 20. November 1859, gestorben am 16. Februar an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 16 Wochen. Starke war seit seiner frühesten Jugend immer ein Kollege im wahrsten Sinne des Wortes. In seinen jüngeren Jahren, in der Berberzeit unseres Verbandes, war er ein eifriger Arbeiter. Mitglied seit 1891.
- Elsterwerda.** Anna Heinrich, Glaserin, geboren am 28. April 1901, gestorben am 30. Januar an Lungenschwindsucht. Mitglied seit 1920.
- Hermsdorf.** Elsa Prüfer, Füllerin, geboren am 12. Dezember 1904, gestorben am 31. Januar an Magenkrebs. Mitglied seit 1920.
- Hohenberg.** Georg Müller, Dreher, geboren am 9. Mai 1873, gestorben am 7. Februar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.
- Kronach.** Marie Grebner, geboren am 20. Juli 1902, gestorben am 26. Januar an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1918.
- Rüps.** Christoph Wüttner, Dreher, geboren am 6. August 1872, gestorben am 10. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1895.
- Schirnding.** Anna Goller, geboren am 7. November 1902, gestorben am 17. Februar im Wochenbett. Mitglied seit 1921.
- Selb.** Ferdinand Schiener, Maler, geboren am 21. Juni 1871 zu Schönfeld (Böhmen), gestorben am 25. Januar nach über einjähriger Krankheitsdauer an Nierenleiden. Mitglied seit 1899.
- Waldburg.** Marta Krause, Gießerin, geboren am 16. Oktober 1898, gestorben am 2. Februar an Herzschwäche. Mitglied seit 1921.
- August Siller, Dreher, geboren am 17. Mai 1869 zu Brieg, gestorben am 11. Februar an Grippe und Herzschwäche. Mitglied seit 1889.

Ehre ihrem Andenken!

Bekanntmachung.

Trotz Bekanntmachung in Nr. 51 und 52 der „Ameise“ haben folgende Zahlstellen die Abrechnung pro 4. Quartal und die bisher im Gebrauch gewesenen Eintritts- und Beitragsmarken noch nicht eingekandt:

Donn, Geringswalde, Karlsruhe, Köppelsdorf, Damspringe, Liegnitz, Mainleus, Naila, Neuhaldensleben, Schönwald, Selb, Selb-Plößberg, Wesel und Zwidau.

Ich fordere diese Zahlstellen auf, die Abrechnung und die Marken sofort einzusenden.

Ferner ersuche ich, die Abrechnung, Quittungen und Marken, wenn das Gewicht 1 Kilo nicht übersteigt, als Päckchen zu senden. Ein solches kostet nur 4 M. Porto. Auf keinen Fall brauchen die Sachen in Einschreibebriefen oder Paketen eingekandt zu werden. **Wilh. Herden.**

Zur Beachtung für die Zahlstellentaffierer und Mitglieder!

In dem in Nr. 6 der „Ameise“ veröffentlichten Adressenverzeichnis ist als Anhang ein Auszug aus dem Statut veröffentlicht worden. In diesem wird unter Ziffer 7 angeführt, daß außer den in Ziffer 1 festgesetzten Beiträgen noch ein wöchentlicher Lokalbeitrag zu entrichten ist. Diese Bestimmung ist falsch und nur durch ein Versehen hineingekommen. Die Lokalbeiträge sind in die unter Ziffer 1 angeführten Beiträge bereits eingerechnet. Besondere statutarische Lokalbeiträge sind nicht zu leisten. **Das Verbandsbureau.**

Zur Beachtung für die Kassierer!

Die (graue) Zahlkarte für die Arbeitslosenzahlung pro Monat Februar ist bis spätestens 4. März an das Verbandsbureau einzusenden. Als Stichtag für die Zahlung gilt der Sonnabend, 25. Februar. **Das Verbandsbureau.**

Zur Beachtung!

Die Bekanntmachung in Nr. 2 der „Ameise“, den Steingutdreher Karl Dambisch betreffend, ist erledigt, da D. seine Verpflichtungen erfüllt hat.

Für die Zahlstelle Anna: Albert Ruhn, Beulenrodaerstr. 4.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Wanzenhain. Sonnabend, 11. März, abends 8 Uhr, bei Klein.
Tiefenfurt. Sonnabend, 4. März, abends 9 Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Oberhausen (Mhb.). Vorsitzender: Bernard Wolf, Br., Bachstraße 3. Schriftführer: Alois Wagner, Ml., Altstadenerstr. 134. Revisor: Jakob Müller, Br., Bielanbstr. 3, 2 Tr. Kassierer: Heinrich Röttges, Ml., Grenzstr. 123.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Betriebswerkmeister, welcher die Porzellan-Fabrikation einschließlich Massezubereitung, Ansetzen von Glasuren, Ueberwachung von Brennöfen, Fabrikation von Chamottelapseln sowie Gebrauchsgeschirreinsichtung durch und durch kennt, also in jeder Beziehung Porzellanfachmann ist, bei hohem Gehalt und angenehmer Stellung zu engagieren gesucht. Wohnung kann zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso werden noch 3-4 Porzellandreher (Isolatoren-dreher) für die Fabrikation von elektrotechnischen Porzellanen sowie Gebrauchsgeschirren und weiter

ein äußerst tüchtiger Brenner

eingestellt.

Schriftliche Bewerbungen mit frühestem Eintrittstermin an

Niedersachsenwerke, Aktien-Gesellschaft, Damspringe (Harzgegend).

lediger tüchtiger Former für Baukeramik bei gutem Lohn von großer Wandplattenfabrik Norddeutschlands gesucht. Angebote unter E. D. 4 an die Redaktion der „Ameise“.

Geübter Maler, möglichst ledig, für Unterglasurmalerei sofort gesucht.

Angebote unter „E. 8“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtiger, gelernter Sieber, ledig, mit allen in der Siebererei vorkommenden Arbeiten vertraut, wünscht seine Stellung zu verändern.

Angebote erbeten unter „A. L.“ der „Ameise“.

Tüchtiger Modellgießer und Einrichter für Gebrauchsgeschirre zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht.

Oberhausen Porzellanfabrik Bates & Co., Marktweiden (Bachh.), Oberfr.

Zwei sofortigen Eintritt zwei tüchtige Maler.

Ergebnis: G. m. b. H., Staffel bei Bamberg, Bayern.

Zweckmäßiger Schleifer gesucht.

G. E. & F. Arnoldi, Elgersburg (Thüringen).

Stringfabrik sucht zum möglichst sofortigen Eintritt zwei tüchtige Schleifer, möglichst unverheiratet, die auch mit dem Glasieren angebotener Ware vertraut sind.

Offerten unter „E. 6“ an die Redaktion der „Ameise“.

Ein tüchtiger, lediger Formengießer wird gesucht.

Porzellanfabrik Joseph Schachtel u. G. Sophienau b. Charlottenbrunn i. Schlesien

Gewandter Schriftmaler in Porzellan- und Glas-Gefäßen für Apotheken per sofort gegen höchsten Lohn gesucht.

Jante & Kuntel, Köln, Im Gionstal 29-31

Mehrere Dreher für Flach- und Hohlgeschirre werden eingestellt bei

Zwidauer Porzellanfabrik, Zwidau i. Sachsen.

Maler, ledig, in Privatmalerei gelernt, langjährig tätig Schrift auf Apothekenstandgefäße, Schilder usw., auch in Emaillewerken tätig gewesen, sucht Stellung für sofort im In- oder Ausland. Gesl. Offerten unter E. 14 an die Redaktion der „Ameise“.

Gesucht von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands zum sofortigen Antritt einige Tellerdreher.

Angebot unter E. 10 an die Redaktion.

Zum baldigen Antritt suchen wir 2 Maler. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.

Stern, Porzellan-Ges. m. b. H., Tiefenfurt bei Nauscha, Schlesien.

Geübter Figurenformer und Masseretoucheur, auch längere Zeit als Sieber in Großgeschirre sowie in Wasserleitungsartikeln (Klosetts, Waschtische usw.) tätig war, sucht anderweitige Stellung. Gesl. Offerten unter E. 12 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Besteßtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Waaren kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. Oskar Hottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20-30 „ je nach Inhalt. — Poliergoldflaschen 10 „ 25-50 „ je nach Inhalt. — Darum schickt „alles“ zu

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Goldasche (45,- Ml. à Gramm bis auf Widerruf), Goldabfälle, ausgebranntes Malergold, wird sofort eingeschmolzen und zahlt höchste Tagespreise. A. Geyer, Goldarbeiter, Selb i. Bayern.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Waarrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen. Emil Theimer, Langewiese b. Jm., Thür.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Beste Bedienung



Preisfrei
kauft
Rasch schnelle Bed.

Gold-Platin-Silberpreis auf Anfrage

Seiffert, Zwickau i. S., Osterwallestr. 32.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen. Christoph Geier, Höchstadt b. Thiersheim, Oberfranken.

CHRISTOPF SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Köpenickerstr. 1. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Köpenickerstr. 1. Druck von E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Platz.